

**Von:** Katrin Urban Mangold [<mailto:katrin-urban-mangold@tpponline.de>]

**Gesendet:** Samstag, 3. April 2021 21:32

**An:** 'ob-buero@passau.de' <[ob-buero@passau.de](mailto:ob-buero@passau.de)>

**Cc:** 'katrin-urban-mangold@tpponline.de' <[katrin-urban-mangold@tpponline.de](mailto:katrin-urban-mangold@tpponline.de)>; 'Urban - Büro' <[urban.mangold@oedp-bayern.de](mailto:urban.mangold@oedp-bayern.de)>

**Betreff:** Antrag: Passauer Photovoltaikpotential nutzen!

**Urban Mangold, Paul Kastner,  
für die ÖDP-Stadtratsfraktion**

Herrn Oberbürgermeister  
Jürgen Dupper

## **Antrag zur besseren Nutzung des Photovoltaik-Potentials in Passau**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bitte legen Sie den folgenden Antrag den zuständigen Gremien zur Beratung und Beschlussfassung vor:

1. Die Stadt Passau verfolgt das Ziel, so zeitnah wie möglich alle geeigneten Dächer kommunaler Liegenschaften außerhalb des Ensemblebereichs mit Photovoltaikanlagen für den Eigenverbrauch auszustatten. Zur kostenneutralen Finanzierung dieses Vorhabens prüft die Verwaltung bis zu der der Erstberatung dieses Antrages folgenden Umweltausschusssitzung das folgende Modell:

Die Dächer werden Investoren oder Bürgerenergiegenossenschaften angeboten, um darauf PV-Anlagen zu installieren. Die Stadt pachtet die jeweilige Anlage für den Eigenverbrauch der Liegenschaft. Die über einen festzulegenden Zeitraum gleichbleibende Pacht ersetzt die tendenziell steigenden Kosten für den Fremdstrombezug. Die Stadt profitiert also von vertragskonstanten Kosten und kann durch dieses Modell PV-Anlagen für den Eigenverbrauch realisieren, ohne hierfür im Vermögenshaushalt Mittel einplanen zu müssen.

Begründung:

Dieses Realisierungsmodell hätte gleich einen 7-fachen Nutzen:

1. Die öffentliche Einrichtung, beispielsweise Schulen, bekommen sauberen Solarstrom vom eigenen Dach.
2. Der Solarstrom ist nicht teurer als der verdrängte Strom aus dem bisherigen Strom-Mix. Durch die Pachtung der PV-Anlage wird die Stadt ohne Investitionskosten selbst Betreiber der gepachteten Anlage und kann den Strom als Eigenverbrauch mit „nur“ 40%-iger EEG-Umlagebelastung nutzen (Beim Bezug des Stroms von Dritten wären 100% EEG-Umlage fällig).
3. Eine langfristig vereinbarte Pacht schützt vor steigenden Strompreisen – über die gesamte Vertragslaufzeit (beispielsweise 20 Jahre).
4. Nicht verbrauchter Strom wird ins Netz eingespeist und verdrängt an anderer Stelle fossilen Strom. Die Stadt erhält hierfür die Einspeisevergütung nach EEG. Die Wirtschaftlichkeit ist umso größer, je höher der Eigenverbrauchsanteil am erzeugten Solarstrom ist.
5. Die Stadt muss keine eigenen knappen Haushaltsmittel investieren. Die Energiegenossenschaft investiert und bezahlt.
6. Der naturwissenschaftliche Unterricht bekommt einen sehr praktischen Bezug. Energieerzeugung und die Energiewende sind erlebbar.
7. Die Genossenschaft erzielt mit den Pachteinnahmen eine risikoarme, langfristige und angemessene Verzinsung der Genossenschaftsanteile, die diese Art der Bürgerbeteiligung

auch finanziell attraktiv macht. Als Genossenschaftler (eventuell mit den SWP als Geschäftsführung) kommen Bürger/innen als Kleinanleger in Frage, die damit eine höhere Rendite erwirtschaften als durch Bankeinlagen. Verlierer ist bei diesem Modell einzig die fossile Versorgungswirtschaft. Und das ist gut so.

- II. Die Stadt Passau verfolgt das Ziel, für gewerbliche Neubauten die Installation von Photovoltaikanlagen zum nächstmöglichen Zeitpunkt verbindlich vorzuschreiben. Geprüft wird darüber hinaus, ob bei der Ausweisung neuer Baugebiete eine solare Baupflicht über städtebauliche Verträge geregelt werden kann. Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Regierung von Niederbayern und beim Bayerischen Innenministerium nachzufragen, ob dieses Vorhaben von der kommunalen Aufsichtsbehörde gebilligt wird.

Begründung:

Für Neubauten in Bayern sollen Photovoltaik-Anlagen zur Pflicht werden - bei gewerblichen Bauten schon ab 2021, für neue Wohnhäuser ab 2022. Das hat Ministerpräsident Söder bereits im Juli vergangenen Jahres angekündigt. Nun geht es darum, diese Vorgaben so schnell wie möglich umzusetzen. Mit der Anfrage der Stadt Passau bei den Rechtsaufsichtsbehörden soll geklärt werden, ob es von den übergeordneten Behörden genehmigt wird, wenn Passau Vorreiter bei der solaren Baupflicht wird. Außerdem soll in Erfahrung gebracht werden, wann der Freistaat Bayern die Ankündigung des Ministerpräsidenten umsetzt.

- III. Städtische PV-Förderung: Die Verwaltung wird beauftragt, ein kommunales PV-Förderprogramm für Kleinanlagen zu erarbeiten und hierbei die Erfahrungen der Städte Erlangen und München zu berücksichtigen. Dem Ausschuss für Umwelt und Klima wird in der der Erstberatung dieses Antrages folgenden Sitzung ein Beschlussvorschlag vorgelegt.

Begründung:

Die Einspeisevergütung für Strom aus Photovoltaikanlagen ist zu schnell gesunken. Mit nur noch 8,16 Ct/kWh für Kleinanlagen (< 10 kWpeak, Januar 2021) ist die Einspeisevergütung für einen wirtschaftlichen Betrieb auch in Kombination mit dem Eigenverbrauch problematisch.

Darüber hinaus besteht das Problem, dass Photovoltaikanlagen für den Eigenverbrauch optimiert werden und dringend benötigte Flächen für die Energiewende ungenutzt bleiben. Am sinnvollsten wäre es, die Einspeisevergütung so stark anzuheben, dass mit Photovoltaik auch bei Netzeinspeisung Renditen erzielt werden können. Nur so können die vorhandenen Flächen optimal ausgenutzt werden.

Mit der nun verabschiedeten Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG 2021) haben Bundesregierung und Bundestag leider dieses Problem nicht angepackt. Doch einige Städte springen hier glücklicherweise in die Bresche. So fördert die Stadt Erlangen Photovoltaikanlagen bis 10 kWpeak mit 150 €/kWpeak, in Münster gibt es dieselbe Vergütung für PV-Anlagen ab 20 kWpeak, in Aachen gibt es für Anlagen bis 10 kWpeak maximal 1000€, in Düsseldorf 1500€. Mit München und Köln fördern auch zwei der vier deutschen Millionenstädte den Bau von Photovoltaikanlagen. Diese und weitere Städte haben also erkannt, dass die Förderung aus dem EEG nicht ausreicht, um die Energiewende weiter voran zu treiben und nehmen den Klimaschutz selbst in die Hand. Passau sollte nicht abwarten, sondern sich dieser Bewegung von unten anschließen, wie bereits in den 90er Jahren als die Stadt einer von mehreren Vorreitern bei der lokalen Einspeisevergütung war, dem Vorläufer des späteren EEG.

Für alle drei Antragspunkte gilt das Ziel, dass PV-Module mit einer größtmöglichen Recyclingquote nach dem Stand der Technik verwendet werden.

Urban Mangold, Paul Kastner

(für die ÖDP-Stadtratsfraktion)